

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Jahresbericht des Exekutivcomités der American Federation of Labor.

Aus dem umfangreichen Bericht, welchen der Präsident der American Federation of Labor über das Geschäftsjahr 1893/94 auf dem vierzehnten Jahreskongreß erstattete, wollen wir nachstehend einen kurzen Auszug bringen.

Einleitend wird bemerkt, daß die überaus ungünstige Konjunktur des letzten Jahres es den Organisationen äußerst schwer machte, sich zu erhalten und den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Im Anfange des Jahres beschlossen die Vereinigten Bergarbeiter von Amerika auf einer Zusammenkunft, daß eine allgemeine Lohnabelle von allen am Kohlengeschäfte im Lande Beteiligten verlangt werden solle. Die Weigerung, den Lohnsatz zu bewilligen, hatte einen allgemeinen Ausstand zur Folge, woran sich mehr als 125 000 Arbeiter beteiligten. Die Bewegung wurde durchaus allgemein. Der Ausstand dauerte acht Wochen und hatte eine Verständigung zur Folge, wodurch, obgleich nicht der ganze beabsichtigte Erfolg erreicht, doch nur ein kleinerer Abzug eingeführt wurde.

Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß es die Geschäftsstockung war, unter welcher das Land litt, welche die Bergarbeiter um den wohlverdienten Sieg brachte. Die Ausdehnung dieser gedrückten Lage versteht man sofort, wenn bestätigt ist, daß, trotzdem 125 000 Bergarbeiter zu arbeiten aufgehört hatten, doch wenig Mangel an Kohlen zur Feuerung vorhanden war.

Sofort nach Schluß des Bergarbeiterausstandes kam der Anfang des großen Ausstandes bei den Eisenbahnen, er wurde von den Angestellten Pullmann's veranlaßt, welche Beseitigung der Ungehörigkeiten, unter welchen sie litten, verlangten.

Der amerikanische Eisenbahnarbeiter-Verband, welcher damals seit einem Jahre bestand, suchte die Gesellschaft zu veranlassen, entweder das Verlangen der Angestellten zu bewilligen oder die streitige Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Beide Verlangen wurden abgelehnt und der Verband erklärte, seine Mitglieder würden keine Züge rangiren oder darin Dienst thun, wenn Pullman'sche Wagen angehängt wären. Der Eisenbahndirektoren-Verband verweigerte die Abschaffung der mit dem Banne belegten Wagen, infolgedessen brach der Streik aus.

Es ist nutzlos, in die Einzelheiten dieses großen Ausstandes näher einzugehen. Es genügt, zu sagen, daß es wahrscheinlich der umfangreichste Eisenbahnarbeiterausstand war, welcher einerseits mehr Solidaritätsgefühl, andererseits aber auch mehr Widerstand hervorrief, als irgend eine ähnliche Bewegung unserer Zeit.

Bei Vorfällen während des Ausstandes wurden von den Verbänden die Bundesgerichte des Landes angerufen. Die Gerichte erließen Einhaltsbefehle, welche den Leuten verboten, ihre natürlichen und gesetzlichen Rechte auszuüben und wurden viele wegen angeblichen Bruches dieser Befehle ohne Weiteres vor Gericht gebracht; in dieser Weise wurden die Leute ihres Rechts, vor ein Geschworenengericht gestellt zu werden, thatsächlich beraubt.

Auf Befehl des Präsidenten der Vereinigten Staaten wurden Bundesstruppen in verschiedene Staaten gesandt unter dem Vorwande, den innerstaatlichen Handel vor Störung zu bewahren, in der That aber, um die streikenden Leute unter Aufsicht zu halten. Die Selbstregierung, das vielgerühmte Recht der Staaten, wurde nicht beachtet, und trotz der Proteste der Gouverneure, in deren Staaten die Bundesstruppen gesandt wurden, war eine hochmüthige und verächtliche Behandlung deren Autorität die einzige Antwort, die beliebt wurde.

Die verbündeten Arbeiter Amerikas sind nicht gefesselt, noch sind sie dem Lande weniger ergeben als ihre Mitbürger in anderen Lebenslagen, aber wir wollen verkünden, daß, wenn die Verfassung unseres Landes und Staates für uns Lohnarbeiter bindend ist, es diese ebenfalls für die höchsten Gewalten unseres Landes ist. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat nicht mehr gesetzliches oder moralisches Recht, die unserem Volke und unseren Staaten verbürgte Verfassung zu brechen, als der geringste Bürger, und nur durch einen männlichen und klaren Entschluß können wir unsere Rechte hochhalten und vertheidigen, so daß wir auf eine Fortdauer unserer Republik hoffen können und sie der Nachwelt hinterlassen, nicht nur allein unangetastet, sondern noch erhabener.

Bei Beginn des Ausstandes wurde das Exekutivcomité der Federation of Labor mit Verträgen ausreichend versehen und auf dem Laufenden erhalten. Zwischen dem 5. und 8. Juli

nicht beginnen, trotz Gefahr der Maßregelung, durch die Organisation sich für solche Kämpfe zu schulen und vorzubereiten, dann werden sie mit diesen plötzlichen Arbeitseinstellungen nie Erfolg haben. Die Maßregelung ist solange möglich, als nur einzelne Leute sich der Organisation anschließen, sie hört mit dem Augenblick auf, wo die Arbeiter in größerer Zahl in die Vereine eintreten. Um das geringe Band, welches heute die Bergarbeiter verbindet, zu sprengen, hat man in ihre Reihen jetzt auch noch den konfessionellen Streit hineingebracht, und versucht, einen Bergarbeiterverband auf christlicher Grundlage zu errichten. Auf die Dauer wird ja dieser Verband, obgleich er sich des Schutzes und der Hülfe von Oben, der Kapitalisten und ihres Anhängels erfreut, nicht bestehen bleiben, denn so religiös auch noch ein großer Theil der Bergarbeiter gefinnt sein mag, so zeigte sich doch in den Versammlungen, welche durch einen von der Generalkommission entsandten Vertreter abgehalten wurden, daß viele Bergarbeiter schon beginnen, den ganzen Wust religiöser Dogmen bei Seite zu schieben und ihre elende Lage als das Resultat der Ausbeutung durch den Kapitalismus zu erkennen. Immerhin wird diese Gründung des christlichen Bergarbeiterverbandes, wenigstens vorläufig, auf die gedeihliche Entwicklung der Bergarbeiterbewegung von nach-

theiligem Einfluß sein. Zu erwarten ist allerdings auch diese Organisation, wie dies immer schon ist, das Gegenheil von dem hervorzubringen, was ihre Gründer beabsichtigten.

Alle diese Umstände und Verhältnisse sind zu berücksichtigen, wenn man die Erfolge einer Agitation unter den Bergarbeitern richtig beurtheilen will. Auf Wunsch der Bergarbeiter hatte die Generalkommission zugesagt, die Kosten für die Agitation unter den Bergleuten zu tragen. Die Ausführung dieser Agitationstour wurde dem Vorsitzenden der Generalkommission betraut. Die Tour konnte leider nicht weit ausgedehnt werden und wurde im Monat September und im Oktober dieses Jahres gemacht. Es wurden vom 30. September bis 4. Oktober Versammlungen abgehalten in: Oberhausen, Bochum, Saarbrücken, Fulda, Herne und Hordel. Vom 11. bis 18. November fanden Versammlungen statt in: Lina, Dortmund, Bitten, Eichlinghofen, Geseke, Dorstfeld, Ober-Dahlhausen, Mühlheim a. d. Ruhr, Schnee, Hörde und Brackel. Die Versammlungen waren durchgängig nur schwach besucht. Es ist dies nicht nur daran, daß die Bergleute die Furcht vor der Maßregelung nicht zu den Versammlungen kamen, sondern auch an dem Umstande, daß an den Wochentagen Versammlungen bei Bergarbeitern nur schwach besucht werden können. (Schluß folgt.)

Kongresse und Generalversammlungen.

Die Generalversammlung des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen findet am 25. und 26. Dezember d. J. in Bremen statt. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung innerer Verbandsangelegenheiten und eventuelle Anknüpfung an den Holzarbeiterverband.

Situationsbericht.

Die Zwicker der Eichbaum'schen Schuhfabrik in Mainz forderten von ihrem Arbeitgeber die Abschaffung verschiedener Uebelstände bei der Arbeitsausgabe und -Abnahme. Als nach zweiwöchiger Verhandlung der Arbeitgeber sich nicht geneigt zeigte, den berechtigten Wünschen der Arbeiter nachzukommen, stellten die Zwicker, 34 Mann, am 4. Dezember die Arbeit ein. Der Arbeitgeber versuchte, die Arbeit der Zwicker durch andere Arbeiter des Betriebes verrichten zu lassen, doch stellten auch diese die Arbeit ein. Dadurch stieg die Zahl

der Streikenden auf 41, wovon 28 verheiratet sind. Nunmehr machte der Arbeitgeber das Angebot einer geringfügigen Lohnerhöhung. Da die Arbeiter dieses Angebots aber nicht dem mit den Arbeitgebern im Jahre 1890 vereinbarten Lohntarif entsprach, so lehnte eine Schuhmachervereinsleitung dasselbe ab.

Von den Streikenden sind vier Mann abgegangen, so daß noch 37 zu unterstützen sind.

Adresse: W. Ackermann, bei Ahles, Botanischer Garten 9, Mainz.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 10. November bis 14. Dezember 1894 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (3. Quartal 1894) des Verbandes der Schiffszimmerer	M.	72
Quartalsbeitrag (1. Quartal 1894) des Vereins deutscher Zigarrenfortirer	"	28
Quartalsbeitrag (2. Quartal 1894) do.	"	22

A. Demuth, Hamburg, Poolstr. 41, II.

Die nächste Nummer erscheint am 31. Dezember.

Mögliche thun, um unsere Mitarbeiter vor ihrer Verbindung mit den großen politischen Parteien zu warnen; das ist der erste nothwendige Schritt, um sich der Lohnarbeiter zu vergewissern, damit sie für die Interessen der Lohnarbeiter eintreten, Lohnarbeiterfragen erörtern und für organisirte Lohnarbeiter als Vertreter stimmen.

Während des vergangenen Jahres begaben sich die Gewerbeverbände vieler Orte auf den politischen Kampfplatz, sie stellten ihre Kandidaten für öffentliche Aemter auf, und es ist traurig, zu sagen, aber dennoch wahr, daß sie an allen diesen Orten politisch unterlagen, und in die Gewerbeverbandsbewegung kam dadurch mehr oder weniger Uneinigkeit und einige Verbände wurden aufgelöst.

Wie der Erfolg sein würde, wenn eine solche Bewegung unter der Aufsicht des amerikanischen Arbeiterverbandes in's Werk gesetzt würde mit allen seinen zugehörigen Verbindungen, ist ernstlichste Nachdenkens werth. Ich brauche Sie nur auf die Thatsache zu verweisen, daß der National-Arbeiterbund, der Vorgänger des amerikanischen Arbeiterverbandes, im Jahre 1872 den sogenannten unabhängigen politischen Kampfplatz betrat und seinen eigenen Kandidaten für den Präsidentenwahl der Vereinigten Staaten aufstellte. Es ist gleichfalls wahr, daß der National-Arbeiterbund nach diesem Falle nie wieder eine Zusammenkunft hatte. Der Wirrwarr in den Arbeiterverhältnissen, das Elend und der Mangel unter den Arbeitern von dem Jahre an bis zum Wiederaufrichten der Verbände, ungefähr im Jahre 1880, muß noch lebhaft im Gedächtnisse Derjenigen haften, welche damals Gewerbeverbänden angehörten, und brauche ich dieses nicht zu wiederholen.

Angeichts unserer eigenen Erfahrung, sowie der Erfahrung unserer britischen Mitverbündeten, stelle ich Ihnen die Frage, ob es nicht klug gehandelt wäre, unser Schiff sicher aus dem Kanal zu steuern, dessen Wasser bedeckt sind mit geträubten Hoffnungen und zerstörten Verbänden.

Ehe wir als ein allgemeiner Verband hoffen können, zu Felde zu ziehen und Kandidaten für Beamtenstellen zu ernennen, müssen sich die Arbeiter noch umfassender verbinden, und müssen erst bessere Erfolge durch Versuche in Ortschaften sich zeigen. Eine politische Arbeiterbewegung kann und wird keinen Erfolg auf den Trümmern der Gewerbeverbände haben.

Diese Zusammenkunft ist eine wichtige, wichtiger als irgend eine vorhergehende. Wir verlangen einen sachlichen Ueberblick des Kampfplatzes, genaue Untersuchung, klugen und vorsichtigen Rath und kühne Thatkraft, so daß wir alle Hindernisse aus dem Wege räumen und die Rechte der Arbeiter feststellen können.

Nachdem der Bericht auf die gegenwärtige Geschäftslage und die geringen Anzeichen der Besserung hingewiesen, wird betont, daß Angesichts dessen eine Stärkung der Organisation dringend geboten ist.

Es wird des Weiteren empfohlen, Vorbereitungen dafür zu treffen, daß im Jahre 1896 eine größere Aktion zur Durchführung des Achtstundentages inszenirt werden kann. Es wird in Aussicht zu nehmen und daran festzuhalten sein:

1. Vorbereitung zu treffen, um allgemein einen achtstündigen Arbeitstag für alle Ar-

beiter oder, wenn das für praktischer gehalten wird, mögen ein oder mehrerer Gewerbe ausgewählt werden (mit der Zustimmung der beteiligten Verbände), zu geeigneter Zeit im Jahre 1896 einzuführen; unsere ganzen Verbände mit ihren Hilfsmitteln haben die Pflicht, diese Bewegung zu unterstützen.

2. Wir sollten die Durchführung des Achtstundengesetzes verlangen, sowie dessen Ausdehnung auf alle Angestellte der Regierung.
3. Alle Arbeit für die Regierung soll von der Regierung ausgeführt werden, ohne Dazwischentreten von Unternehmern.
4. Ein Gesetz soll gegeben werden, sowohl von der Bundesregierung als auch von den einzelnen Staaten, welches die Beschäftigung der Frauen und Kinder in Fabriken, Werkstätten, Mühlen und Bergwerken für eine längere Zeitdauer als 8 Stunden verbietet.

Gegen ein in Aussicht genommenes, durch Gesetz einzusetzendes zwangsweises Schiedsgericht spricht sich der Bericht mit aller Entschiedenheit aus. Besonders gefährlich ist die projekirte Bestimmung, daß die Verbände eventuell mit ihrem Vermögen dafür haften sollen, daß ihre Mitglieder die von einem solchen Schiedsgericht getroffenen Anweisungen erfüllen.

Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeitgeber mögen im Allgemeinen durch Schiedsgerichte geschlichtet werden, aber wenn das geschehen wird, so wird das nur dadurch kommen, daß sich die Arbeiter besser organisirt und ihre Macht und ihr Recht mehr Anerkennung gefunden haben.

Der erste Schritt muß sein, sich zu verbinden, der zweite, sich zu vertragen, der nächste bringt vielleicht ein Schiedsgericht, aber zwangsweises Schiedsgericht — nie.

Eine in Aussicht genommene umfangreiche Agitation für die Schutzmarke mußte unterbleiben, weil die beteiligten Verbände infolge der ungünstigen Konjunktur die genügenden Mittel nicht zur Verfügung hatten.

Ueber das Zentralorgan der Organisation, den seit März d. J. erschienenen „American Federationist“, wird berichtet, daß das Blatt durch Annoncen und Abonnementsgelder mehr eingebracht habe, als seine Herstellung kostete. Es wird dann noch auf die Sendung der englischen Arbeitervertreter, John Burns und David Holmes, zum Jahreskongreß aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Situation gezeigt hat, daß gerade die Verbände, welche hohe Beiträge erheben und ihren Mitgliedern mehr bieten, die ungünstige Konjunktur besser überstanden haben. Es wird daher dringend geboten sein, die Beiträge und die Leistungen der Verbände zu erhöhen.

Den Bericht des Kassirers der American Federation of Labor werden wir, weil er gleichfalls eine Aeußerung über das politische Programm enthält, in einer der nächsten Nummern veröffentlichen.

beschlossen mehrere Gewerbeverbände in Chicago, in einen Sympathiestreif einzutreten. Das Verlangen, der Präsident der Federation solle zur Schlichtung der Streitigkeiten nach Chicago kommen, wurde erfüllt. Nach eingehender Berathung mit den Vorständen der am allgemeinen Streik theiligten Organisationen und dem Führer des Eisenbahnarbeiterausstandes wurde beschlossen, den Arbeitern zu empfehlen, zur Arbeit zurückzukehren, da das weitere Verharren im Streik nutzlos sei. Diese Handlungsweise des Exekutivcomitès wurde vielfach heftig kritisiert und als den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufend bezeichnet. Der Jahreskongress wird darüber zu entscheiden haben, ob der Beschluß ein richtiger war.

Bezüglich der Einwanderung wurde berichtet, daß der Präsident wiederholt bei Ausführung des bestehenden Gesetzes von den Staatsbeamten befragt und hinzugezogen sei. Das Gesetz verweigert den Einwanderern die Landung, welche feste Kontrakte mit den Unternehmern abgeschlossen haben. Das Gesetz wird vielfach umgangen, besonders ist es schwer, solche Unternehmer vor den Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen, weil die zurückgewiesenen Einwanderer nicht als Zeugen herangezogen werden können. Das Gesetz müßte dahin geändert werden, daß solche Einwanderer als Zeugen zurückgehalten werden können. Gegen einen Vertrag, welchen der Staatssekretär mit der chinesischen Regierung bezüglich der Chineseneinwanderung schließen wollte, wird in dem Bericht Protest erhoben. Nachdem nach langjährigen Erwägungen die Chineseneinwanderung beschränkt worden ist, dürfte diese Bestimmung nicht durch einen Vertrag durchbrochen werden. Es ist kein Abscheu der amerikanischen Arbeiter gegenüber den Chinesen wegen deren Abstammung vorhanden. Aber ein Volk, welches von der Kultur unberührt ist und im eigenen Lande sich auf barbarische Weise behandeln läßt, ein Volk, welches die Lebenshaltung und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter anderer Länder bedroht, kann uns nicht zur Verbrüderung veranlassen.

Der Bericht bespricht weiter die Verstaatlichung der Telegraphen, die Gesetzesvorlage für die seefahrende Bevölkerung, wobei betont wird, daß die unter amerikanischer Flagge segelnden Seeleute in knechtischer Abhängigkeit sich befinden und eine geringere Lebenshaltung haben als die Seefahrer anderer Länder. Der Arbeiterfeiertag, der erste Montag im September jedes Jahres, wurde am 28. Juni 1894 gesetzlich festgesetzt. Eine Gesetzesvorlage, nach welcher ein Arbeiterausschuß Erhebungen über die Lage der Arbeiter zu anstellen sollte, ist im Parlament eingebracht und dürfte die Zustimmung der organisierten Arbeiter finden.

Eine Zusammenkunft der Vertreter der verschiedenen Organisationen in den Vereinigten Staaten fand am 11. und 12. Juni in St. Louis statt. Zweck der Zusammenkunft war die Berathung der Frage, ob eine Einigung aller Organisationen möglich sei.

Es waren vertreten: American Federation of Labor, Knights of Labor (Mitter der Arbeit), Organisation der Lokomotivführer, Organisation der Beamten der Eisenbahn, Organisation der Lokomotivheizer, Verband der Eisenbahnschaffner, Nationalverband der Bläser grüner Flaschen, Bund der Landwirthe.

Die Zusammenkunft stellte sich auf den Standpunkt, daß vollständige Selbstverwaltung Organisationen und Verwerfung der zweitheiligen Verbindungen oder zweierlei Leitungen in ein Gewerbe notwendig sei. Der Kongress darüber zu berathen und dürfte der Vorschlag zu empfehlen sein, daß halbjährlich solche Besprechungen abzuhalten sind.

Ueber das politische Programm, welches in Nr. 44 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht haben, spricht sich der Bericht des Präsidenten keineswegs in klarer Weise, sondern höchst vageschwommen aus. Wir wollen diesen Theil des Berichtes wörtlich wiedergeben:

„Auf der letzten Zusammenkunft wurde den uns verbündeten Körperschaften ein Programm zur Besprechung unterbreitet, worüber wir auf dieser Zusammenkunft einen Bericht wünschten. Hierbei ist es meine Schuldigkeit, daß ich sage, daß die Unterbreitung des Programms von einer großen Zahl Mitglieder so aufgefaßt wurde, als hätte der Verband dasselbe gutgeheißen.

Eine Anzahl von Forderungen, welche das Programm enthält, wurde fast in jedem Gewerbeverbande der ganzen Welt gestellt, aber hübsch zahlreich und fast versteckt finden sich diese entsprechenden Erklärungen. Sie sind nicht nur widerspruchsvoll, sondern auch entschieden schönrednerisch, und wenn sie auch die Wahrheit zur Grundlage haben, so sind sie doch unpassend zur Besprechung und liegen uns so fern, daß wir mit ihnen uns unsere Bewegung unseren Mitarbeitern gegenüber in ein wenig beneidenswertes Licht stellen. Wenn sich unsere Verbindung damit befaßt, so werden dadurch zweifellos viele hervorragende politische Gewerbeverbände abgehalten, sich uns anzuschließen und mit uns zu kämpfen, um zuerst das Beste zu erlangen.

Es ist albern, sich einzubilden, daß die Lohnarbeiter bei der Arbeit Leibeigene sein, und bei der Wahlurnen des Staates aber als Aufsicht habende Beamte fungieren können. So etwas Widerstandsvolles war noch nie: Autokratie in der Werkstatt und Demokratie im politischen Leben. In Wahrheit haben wir noch nicht einen Schritt getan, um den Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten zu erlangen, selbst nicht um unsere Verbände gesetzlich anerkannt zu sehen. Es ist auch bei den Vorarbeiten zu dem Programm nicht genau die Lage der Arbeiterbewegung in Großbritannien berücksichtigt. Die verbündeten Lohnarbeiter jenes Landes benutzen jede Gelegenheit, welche ihnen gesetzlich und von Nutzen erscheint, um die Gesetze zu erlangen, welche sie wünschen. Sie bemühen sich, die aus dem Felde zu schlagen, welche sich ihnen entgegenstellen, und erwählen diejenigen, welche die Gesetze zum Vortheile der Arbeiter gestalten und wo sie dazu Gelegenheit haben, erwählen sie einen Vertrauensmann der Verbände zum Parlament und anderen öffentlichen Aemtern. Der parlamentarische Ausschuß des britischen Gewerbeverbandes ist ein Arbeiterausschuß, welcher Stimmung für Arbeitergesetzgebung macht. Dieser Bahn mögen die verbündeten Arbeiter Amerikas mit folgen, die Erfahrung empfiehlt das und es bringt guten Erfolg.

Derjenige würde in der That kurzfristig sein, welcher den verbündeten Arbeitern empfehlen würde, unabhängig bei der Wahl zu stimmen und nach Gefallen Politik zu treiben. Wir sollten alles

Die Agitation unter den Bergarbeitern.

(Schlu

Die Bergleute fahren zu verschiedenen Zeiten am Tage in die Grube ein. Die Leute, welche Morgens einfahren, verlassen die Grube Mittags. Dann fährt die zweite Partie ein und Abends die dritte. Dieser Schichtwechsel macht es Vielen nicht möglich, die Versammlung besuchen zu können. Ferner wohnen die Bergleute nicht eng beieinander, sondern auf dem ganzen Revier zerstreut und haben oft eine halbe Stunde und mehr auf keineswegs angenehmen Wegen zur Versammlung zu gehen. Aus diesem Grunde mußten auch Sonntags zwei und drei Versammlungen stattfinden, welche auch besser besucht waren als die, welche Wochentags abgehalten wurden. Wolten wir den Erfolg der Agitationstour nach der Zahl der Versammlungstheilnehmer abschätzen, so würde er nur geringfügig sein. Der Geist aber, der in den Versammlungen herrschte, zeigte deutlich, daß sie nicht wirkungslos vorübergegangen sind. Wenn die Bergleute das dort gegebene Versprechen einlösen, und nun ihrerseits unter ihren Kameraden in der Weise, wie es in den Versammlungen angeregt worden ist, weiter wirken, dann wird eine Zunahme der Mitgliederzahl des Verbandes eintreten.

Die Agitation aber darf nicht erlahmen, sondern muß unausgesetzt betrieben werden. Die Bergarbeiter selbst verfügen nicht über ausreichende rednerische Kräfte. Die wenigen, die vorhanden sind, vermögen absolut nicht das ganze Gebiet zu bearbeiten. Deswegen wird es nothwendig sein, daß die im Kohlenrevier oder in dessen Nähe wohnenden Genossen, welche einen Vortrag zu

halten vermögen, sich dem Vorstand des Arbeiterverbandes (Gelsenkirchen, Friedrichstr.) zur Verfügung stellen. Es werden gerade Genossen zur Agitation herangezogen werden müssen, weil die Versammlungen hauptsächlich Sonntagen abgehalten werden sollen und die Entsendung eines Agitators aus einem anderen Bezirk nur wenig Nutzen bringen wird. Die Genossen mit ihrer Agitation beginnen ist es nothwendig, daß sie sich über die Bedürfnisse der Bergarbeiter genau orientieren und besonders versuchen, sie bei der Ausübung ihrer Arbeitsthatigkeit in der Grube zu beobachten. haben es hier mit einem Theile der Arbeiter zu thun, der erst allmählig für den Gedanken gewonnen werden muß, daß die Interessen der Arbeiter aller Verufe die gleichen sind. Daß es nothwendig, daß der Agitator mit dem Vorstand des Bergmannes vollständig vertraut ist in erster Linie an die besonderen Berufsinteressen anknüpft und anzuknüpfen versteht.

Es wird auch fernerhin unsererseits Alles zu thun werden, die Agitation unter den Bergleuten materiell und moralisch zu unterstützen. Unsere Bemühungen würden aber nur wenig Erfolg haben wenn wir nicht der Hilfe der redgewandten Genossen im Kohlenrevier und dessen Umgebung sind. Wir ersuchen deshalb diese Genossen dringend, im angeregten Sinne zu wirken und bezüglich der Uebnahme von Referaten an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes oder an uns wenden zu wollen.

Situationsbericht.

In der Pianofortefabrik von Görs & Kallmann in Berlin haben 85 Klavierarbeiter die Arbeit niedergelegt. Seitens der Fabrikanten waren die von den Arbeitern eingesetzten 5 Werkstatt-Vertrauensmänner gemäßigelt worden, worauf von ca. 90 Tischlern weitere 80 Mann die Arbeit einstellten. Die Streikenden, welche von dem Verein der Musikinstrumentenarbeiter und dem Deutschen Holzarbeiterverband unterstützt werden, fordern die Wiedereinstellung der Gemäßigelten, ferner eine theilweise Lohnerhöhung und die Entlassung zweier Werkführer, mit deren Verhalten die Arbeiter unzufrieden sind. Es wird deshalb ersucht, den Zuzug von Berlin fernzuhalten.

Der Streik der Metall- und Holzarbeiter in der Waggonfabrik in Güstrow ist beendet, doch dauert die Unterstützung der Ausgeschlossenen fort, bis Alle wieder in Arbeit gebracht sind. Deshalb ist auch hierher vorläufig noch jeder Zuzug fernzuhalten.

Ferner stehen im Streik 15 Tischler der

Springer'schen Werkstatt in Weisensee bei Weiden 11 Tischler der Willig'schen Werkstatt in Ludowalke und 5 Tischler der Westphal'schen Werkstatt in Ipehoe. Gesperit ist ferner Pfeil'sche Möbelfabrik in Goslar a. Harz. Diese Ausstände sind Abwehrstreiks, d. h. durch Lohnkürzungen oder andere Maßregeln der Unternehmer veranlaßt. Die Streikenden erheben sich sämmtlich um Fernhaltung des Zuzugs.

In Karlsruhe hatten 10 Tischler Hofmöbelfabrik von Neutlinger & Comp. w. Lohnindifferenzen die Arbeit eingestellt. Die Forderungen wurden nach wenigen Tagen zur Zufriedenheit beider Theile beglichen und ist die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik der Schuhmacher in der Fabrik von Eichbaum & Comp. in Mainz wurde am 14. Dezember durch einen Vergleich beendet. Die Kosten der Bezahlung der Reparaturen wurde eine kleine Lohnzulage zugestanden. Die Generalkommission

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 15. bis 28. Dezember 1894 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag	(? Quartal)	Verband der Steinseger (Wandsbel)	M.
"	(3. "	1894) Zentralverband der Maurer	52
"	(3. "	1894) Verband deutscher Kürschner	1
"	(3. "	1894) " der Sattler	4
"	(3. "	1894) " " Buchbinder	12
"	(4. "	1894) " " Glaser	2
"	(4. "	1894) " " Porzellanarbeiter	82
"	(2. u. 3. Qu. 1894)	Verb. d. auf Holzplätzen u. Holzbearb.-Fabr. besch. Arb. zc.	6

A. Demuth, Poollstraße 41, 2. Et.